Bayerische Staatsregierung



Sie befinden sich hier: Startseite > Neue Anreize für mehr Artenvielfalt - Brunner weitet Kulturlandschaftsprogramm aus

Neue Anreize für mehr Artenvielfalt – Brunner weitet Kulturlandschaftsprogramm aus

26. Januar 2018

München – Die bayerischen Bauern können heuer für eine Vielzahl besonders umweltschonender Bewirtschaftungsverfahren staatliche Gelder beantragen. Landwirtschaftsminister Helmut Brunner hat dazu die Angebote im Bayerischen Kulturlandschaftsprogramm (KULAP) gegenüber dem Vorjahr gezielt in Richtung mehr Biodiversität ausgeweitet. "Das Programm bietet unseren Bauern jetzt wertvolle zusätzliche Anreize, die Artenvielfalt auf unseren Feldern zu verbessern", sagte der Minister bei einem traditionellen Jahrestreffen der bayerischen Imker in Starnberg. Laut Brunner fließen im Rahmen des KULAP schon bisher fast 60 Millionen Euro pro Jahr in Bewirtschaftungsmaßnahmen mit Vorgaben für mehr Biodiversität. Rund 360.000 Hektar werden bislang entsprechend extensiv bewirtschaftet. Rechnet man den Ökolandbau dazu, sind es fast 600.000 Hektar. Hinzu kommen dem Minister zufolge rund 300.000 staatlich bezuschusste Streuobstbäume, die ebenfalls Bienen und anderen Insekten wertvollen Lebensraum und Futtergrundlage bieten. "Mit der Erweiterung der Angebotspalette baut der Freistaat seine bundesweite Vorreiterrolle in der umweltschonenden Landbewirtschaftung weiter aus", sagte Brunner.

Die Förderung der Biodiversität ist dem Minister zufolge wichtiger Bestandteil der bayerischen Agrarpolitik. Schließlich sichere die Bestäubungsleistung durch Bienen und andere Insekten die Ernährung der Menschen. Umso erfreulicher ist es laut Brunner, dass es in Bayern entgegen dem europäischen Trend jedes Jahr mehr Bienenvölker und Imker gibt: In den vergangenen fünf Jahren ist die die Zahl der Völker von 200.000 auf mehr als 300.000 gestiegen, die der Imker von 31.000 auf 35.000. Für den Minister ist dieser Erfolg vor allem auf die intensive Nachwuchsarbeit der Imkerverbände und die gezielte Förderung durch den Freistaat zurückzuführen.

Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers

Inhalt Datenschutz Impressum Barrierefreiheit

